

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

mit unserem Herbst-Newsletter möchten wir Sie über politische Themen der vergangenen Monate im Hessischen Landtag informieren.

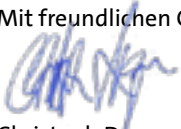
Ein Schwerpunkt dabei war die Regierungserklärung des Kultusministers. Aus dessen Sicht scheint an unseren Schulen alles reibungslos zu laufen. Sie werden sich nicht wundern, dass ich das anders sehe. Das aktuelle Kurzgutachten zur Arbeitsbelastung der Direktorinnen und Direktoren, das im Auftrag des Landesverbands Hessen der Bundesvereinigung der Oberstudien direktoren erstellt wurde, spricht eine deutliche Sprache. Aufgaben für Schulleitungen aller Schulformen und ebenso für Lehrkräfte nehmen ständig zu, die Anforderungen im Lehreralltag ebenso. Zudem erreichen uns tagtäglich neue Meldungen über den Einsatz von Personen ohne abgeschlossene, zum Teil auch ganz ohne pädagogische Ausbildung. Die diversen Notmaßnahmen zur Bekämpfung des Lehrermangels sind unattraktiv, dauern zu lange oder werden zu wenig nachgefragt. Fragen und Antworten zum aktuellen Weiterbildungsprogramm. Unserer Auffassung nach muss ein Schwerpunkt der nächsten Jahre darauf liegen, neben dem Ausbau der Aus- und Fortbildungskapazitäten den Quer- und Seiteneinstieg noch viel besser zu begleiten und die derzeitigen fast 6.000 Vertretungskräfte so zu qualifizieren, dass sie mindestens eine pädagogische Grundqualifizierung erhalten können. Langfristig müssen mehr Studienplätze an den Universitäten geschaffen werden, damit jede Lehrerstelle auch tatsächlich mit einer ausgebildeten Lehrkraft besetzt werden kann

Weitere Themen in diesem Newsletter sind unter anderem der Pakt für den Nachmittag, der Schulsport sowie die Oberstufen- und Abiturverordnung.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre. Für Rückfragen oder Anregungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Bei Fragen können Sie sich gerne jederzeit an [uns wenden](#).

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Degen, MdL



Christoph Degen, MdL
Vorsitzender des
Arbeitskreises Kultus

DIESER NEWSLETTER KANN NUR EINEN KLEINEN EINBLICK IN UNSERE ARBEIT GEBEN. KLICKEN SIE AUF DIE PORTRAITS DER MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES, UM EINE LISTE DER JEWEILIGEN PARLAMENTARISCHEN INITIATIVEN ZU ERHALTEN.



Kerstin Geis, MdL



Karin Hartmann, MdL



Brigitte Hofmeyer, MdL



Uwe Frankenberger, MdL



Lothar Quanz, MdL



Turgut Yüksel, MdL

REGIERUNGSERKLÄRUNG ZUM SCHULJAHRESBEGINN

Christoph Degen: „Die heutige Regierungserklärung war nicht mehr als der Beipackzettel einer Packung Beruhigungspillen. In der Hoffnung, dass die wirklichen Baustellen nicht angesprochen werden, erzählt der Kultusminister viel, ohne viel zu sagen. Auf das drängendste Problem, den Lehrermangel und die hohe Anzahl von Lehrkräften ohne pädagogische Ausbildung hat die Landesregierung keine Antwort. Schwarzgrün kann noch so viele Stellen aus dem Hut zaubern, wenn die nicht besetzt werden können oder mit geringqualifizierten Kräften besetzt werden, wird aus Flickwerk keine Qualität.“

„Wir brauchen eine deutliche Steigerung der Aus- und Weiterbildungskapazitäten und Qualifizierungen, vor allem für die vielen bisher nur befristet beschäftigten Lehrkräfte“, so der Bildungsexperte.

Zum [Video](#) der Plenardebatte

Zur [Pressemitteilung](#): „**Bildungsqualität in Hessen verzweifelt gesucht**“

SCHULSTART IN HESSEN ZUM SCHULJAHR 2017/2018

„Mitte August startete das neue Schuljahr. Im Interesse einer nachhaltigen und erfolgreichen Schulentwicklung ist eine Übersicht zu Schüler- und Lehrerzahlen sowie Klassengrößen an hessischen Schulen unabdingbar“, so Karin Hartmann.

Aus der Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage geht hervor, dass die Schülerzahl an Gymnasien, Grundschulen sowie an Hauptschulen zunahm. Außerdem rechnet die Landesregierung mit einem Anstieg der Anzahl der Schulanfänger.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Schulstart in Hessen zum Schuljahr 2017/18

GRUNDSCHULE ZWISCHEN ÜBERLASTUNG, „QUOP“ UND SONDERUNGSVERBOT

„Seit Jahren sind Überlastungsanzeigen vieler Schulkollegien aus ganz Hessen im Kultusministerium eingegangen, doch getan wurde nichts. Die Klagen der Schulen, von Schulleitern und Kollegien sind gnadenlos heruntergespielt worden. Schwarz-Grün hat die personelle und sachliche Ausstattung der Schulen, aber vor allem auch die Lehreraus- und Fortbildung sträflich vernachlässigt“, so der Bildungsexperte Christoph Degen. Die nun plötzlich aus der Taufe gehobenen Stellen für Sozialpädagogen bezeichnete Degen als ein Wahlkampfmanöver. Es fehle an einem Konzept und erst recht an ausreichend Bewerberinnen und Bewerbern hierfür.

das Wundermittel zu sein, als das es vom Kultusminister verkauft werde.

Ebenfalls Thema zu Beginn des Schuljahres war das Sonderungsverbot mit Blick auf die Grundschulen. Auch wenn viele Ersatzschulen eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen Schulwesen sind, muss jede einzelne Neugründung kritisch hinterfragt werden, insbesondere in Bezug auf die Höhe des Schulgeldes und möglicher versteckter Schulgelde.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Umsetzung von „quop“ in Hessen

Zur [Pressemitteilung](#): „**Notfallpaket**“ für Grundschulen kommt zu spät und ist unzureichend“

Unsere [Kleine Anfrage](#): betreffend Besondere Schärfe des Sonderungsverbots bei der Gründung privater Grundschulen

DIGITALISIERUNG AN HESSISCHEN SCHULEN

Der Prozess der Digitalisierung schreitet fort und auch die Schulen müssen in diesen Prozess eingebunden werden. Aus diesem Grund kündigte Bundesbildungsministerin Wanka im Oktober 2016 einen Digitalpakt mit den Ländern für die rund 40.000 Grundschulen, weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen in Deutschland an.

Die Landesregierung strebt eine Bund-Länder-Verein-

barung für den Digitalpakt Schule an. Diese Vereinbarung soll sodann von Bund und Ländern gemeinsam beschlossen werden. Es könne jedoch aus heutiger Sicht noch keine belastbare Aussage zur Höhe der zu erwartenden Ressourcen für Hessen getroffen werden, da derzeit noch keine Mittelzusage des Bundes bestehe.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Digitalisierung an hessischen Schulen

LEHRERMANGEL AN HESSISCHEN SCHULEN

Fast 6.000 Personen, die im hessischen Schuldienst eingestellt sind und an den Schulen unterrichten, verfügen weder über ein Lehramt, noch eine Lehrbefähigung. Es ist durchaus in Ordnung, dass an Beruflichen Schulen Praktikerinnen und Praktiker aus dem Arbeitsleben eingesetzt werden.

Ebenso kritisieren wir nicht, wenn Pfarrerinnen und Pfarrer Religionsunterricht erteilen. Nicht in Ordnung ist es, wenn aus einer Ausnahmeregelung ein System aufgebaut wird, ohne das die Abdeckung der Stundentafeln zusammenbrechen würde.

Christoph Degen warf der Landesregierung vor, dass zunehmend Stellen mit Personen besetzt würden, weil es an voll ausgebildeten Lehrkräften an allgemeinbildenden Schule fehle und damit das Ausmaß des Lehrermangels noch viel größer sei, als die Landesregierung bereit ist zuzugeben. Rund zehn Prozent aller Lehrkräfte, die unter diese Kategorie fielen, seien ein sehr hoher Prozentsatz.

Die Einstellung dieser Personen lasse sich auch nicht mit den besonderen Umständen der Flüchtlingsbeschulung erklären. Aus diesem Grund verschleierte die Landesregierung offensichtlich den herrschenden Lehrermangel.

Zur [Pressemitteilung](#) „Schwarz-Grün verschleiert Lehrermangel“

Zur [Pressemitteilung](#) „Wo Schule drauf steht, muss auch Schule drin sein – Eine Stelle macht noch keinen ausgebildeten Lehrer“

Unser [Antrag](#) betreffend Wo Schule drauf steht, muss auch Schule drin sein – Guter Unterricht benötigt ausgebildete Lehrkräfte

Unser [Berichts Antrag](#) betreffend Einstellung u. Weiterbildung zum Erwerb Lehramt an Grundschulen und Förderschulen. (FAQ-Liste von besonderem Interesse für Personen mit den Lehramt L2 und L3)

PAKT FÜR DEN NACHMITTAG FLOPPT

Die Umsetzung des „Pakts für den Nachmittag“ begann im Schuljahr 2015/2016 an insgesamt 57 hessischen Schulen. Nun zeigt sich, dass die Nachfrage danach keineswegs so riesig ist, wie die Landesregierung glauben macht. Die entsprechende Anfrage von Christoph Degen belegt: 112 der derzeit 167 Schulen im Pakt waren vorher schon längst im Ganztagsprogramm des Landes. Zudem hätten potentiell 29.630 Schülerinnen und Schüler teilnehmen können. Letztendlich nahm jedoch nur gut die Hälfte teil. Nötig sei es die Attraktivität des Ganztagsprogramms zu steigern und mehr gebundene und teilgebun-

dene Ganztagschulen zu fördern.

Als einen ersten Schritt forderte Degen die sofortige Anhebung des Betrags, den die Schulen durch die Umwandlung von Stellen in Geld erhalten. Dieser sei seit über zehn Jahren nicht mehr angehoben worden

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Ganztätig arbeitende Schulen in Hessen zum Schuljahr 2017/18

Hier finden Sie auch eine aktuelle Gesamtübersicht über die Anzahl der Schulen in den verschiedenen Profilen ganztätig arbeitender Schulen

KOOPERATIONSVERBOT ABSCHAFFEN

Schulpolitik ist in Deutschland Sache der Länder. Seit 2006 besteht das so genannte Kooperationsverbot im Bildungsbereich. Die SPD-Fraktion ist für die Abschaffung dieses Verbots

Christoph Degen sagte „Der Bund muss sich wieder sowie vor 2006 an der Finanzierung der großen Herausforderungen und Aufgaben im Bildungswesen beteiligen können, wie dies bereits im Hochschulbereich möglich ist. Das Abschotten einzelner Länder und der Rückzug aus der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit hat im 21. Jahr-

hundert nichts mehr verloren. Das Kooperationsverbot ist ein Irrsinn, der Chancengleichheit, soziale Teilhabe und sozialen Aufstieg verhindert. Wer den Förderalismus bewahren will, muss ihn so reformieren, dass die Menschen ihn mittragen.“

Zum [Video](#) der Plenardebatte

Zur [Pressemitteilung](#): **Nationale Bildungsallianz gut für Hessen – Kooperationen im Bildungsbereich ermöglichen statt verbieten**

OBERSTUFEN- UND ABITURVERORDNUNG

Nach der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) muss ein Leistungsfach eine fortgeführte Fremdsprache oder Mathematik oder eine Naturwissenschaft sein. Der zweite Leistungskurs kann je nach Schulangebot frei gewählt werden. Der Landeselternbeirat beklagt nun, dass Deutsch nicht als Leistungskurs in Kombination mit Geschichte oder Politik und Wirtschaft gewählt werden kann. Dies führe dazu, dass an manchen Schulen kein Deutsch-LK mehr zustande komme.

Aus der Antwort der Landesregierung geht hervor, dass im Schuljahr 2016/17 an 209 von 217 öffentlichen Schulen

mit gymnasialer Oberstufe ein Leistungskurs Deutsch angeboten wurde. Außerdem weist die Kultusminister Lorz darauf hin, dass Deutsch in Kombination mit Geschichte nicht möglich sei, da zu viele inhaltliche Parallelen bestünden.

Was denken Sie darüber? Gerne könne Sie uns Ihre Meinung mitteilen, indem Sie uns eine [E-Mail](#) zukommen lassen.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Oberstufen- und Abiturverordnung - Deutsch als Leistungskurs

LEHRERZUWEISUNGEN

Der Sozialindex in Hessen hat offenbar keinen substantiellen Effekt auf die Unterrichtssituation der belasteten Schulen. Seit einigen Jahren weist das Kultusministerium zwar den Schulen zusätzliche Stellen nach einem Sozialindex zu. Diese Stellen sollen unter anderem die Bildungsbenachteiligung von Schülerinnen und Schülern verringern. Ob angesichts des zunehmenden Anteils von armen Kindern und von Kindern mit Migrationshintergrund und nichtdeutsche Familiensprache weniger als ein Prozent der Lehrkräftestellen in Hessen geeignet sind, Bildungsbenachteiligungen nachhaltig zu verringern, ist zu bezweifeln.

Wir fordern deshalb ein Zuweisungssystem, das sich viel stärker an der tatsächlichen Schülerschaft einer Schule orientiert als an der Anzahl der Einfamilienhäuser in der Kommune.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Schülerinnen und Schüler mit nicht deutscher Familiensprache bzw. Migrationshintergrund in Hessen (2)

Zur [Kleinen Anfrage](#) betreffend schulschärfere Lehr-erzuweisungen nach einem Sozialindex

GEBÜHRENFREIE BILDUNG

Die SPD hat bei ihrer Forderung nach gebührenfreier Bildung im Hessischen Landtag nachgelegt. „Wir meinen es ernst mit der Gebührenfreiheit von der Krippe bis zur Universität“, sagte Fraktionschef. Dieses Ziel sollte auch in die Verfassung des Landes mit einer klaren Formulierung aufgenommen werden.

Der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel sagte „Der Vier-Stufen-Plan der Hessen-SPD setzt auf die vollständige Gebührenfreiheit der Familien, die Qualitätsverbesserung in den Kitas durch eine Abschaffung des Bürokratiemonsters KIFÖG und eine dauerhafte Entlastung der Kommunen. Wir wissen, dass das eine Mammutaufgabe ist, aber wir wollen sie angehen.“ Inhaltlich sei das Gebührenmodell der Landesregierung unzureichend.

Die als beitragsfrei vorgesehene Betreuungszeit von sechs Stunden am Tag beruhe offensichtlich auf dem überkommenen Familienmodell, bei dem ein Elternteil Teilzeit arbeite.

Zur [Pressemitteilung](#) : „**Volle Beitragsfreiheit ist das Ziel: Es geht nicht um ein bisschen mehr, es geht um eine andere Grundrichtung – Volle Gebührenfreiheit in der Verfassung Prüfstein für Schwarz-Grün!**“

Zum [Video](#) aus dem Plenum von Thorsten Schäfer-Gümbel

Zum [Video](#) aus dem Plenum von Gerhard Merz

SCHULSPORT UND UNSER GESPRÄCH MIT DEM JUGENDRING

Der Sportunterricht an hessischen Schulen ist durch die bestehende Stundentafel klar geregelt. Trotzdem gibt es zunehmend Klagen, dass Sportunterricht zu oft fachfremd erteilt werde oder ganz ausfalle. Mit der Situation des Sports beschäftigt sich eine Anfrage von Lothar Quanz.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Situation des Sports an hessischen Schulen

Nach möglichen Modellen zur Bündelung des Sportunterrichts, mit Kriterien für die Benotung im Schulsport sowie mit der Konzeption von Bundesjugendspielen fragte Christoph Degen.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Bundesjugendspiele und Sportunterricht

Zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch traf sich der Arbeitskreis am 31.08.2017 mit Vertreterinnen und Vertretern des Hessischen Jugendrings und der Sportjugend Hessen. Diskutiert wurde u.a. über die Kooperation zwischen Schulen und Jugendverbänden sowie die Auswirkungen der Ganztagsbeschulung auf die Jugendarbeit. Beide Seiten waren sich einig, dass schulische Bildung nichts kosten dürfe, Qualität und Grundprinzipien der Jugendarbeit auch bei der Kooperation mit Schulen gewährleistet sein müssten und das Land die notwendigen Ressourcen für eine vielfältige, fördernde und altersgerechte Ganztagsbeschulung bereitstellen müsse.

SCHUTZ VON KINDERN VOR SEXUALISierter GEWALT AN SCHULEN

Im Februar 2017 hat Hessen die Unterstützung der Bundesinitiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ bekannt gegeben. Hiermit soll der Schutz von Kindern vor sexuellen Übergriffen verbessert werden. Fast jeder vierte Jugendliche in Hessen hat schon einmal sexuelle Gewalt erfahren. Das ist das Ergebnis einer bisher einmaligen Studie mit dem Namen „Speak“, die der hessische Kultusminister Alexander Lorz (CDU) im Juni 2017 vorstellte.

In unserer Kleinen Anfrage wollten wir unter anderem wissen, welche Maßnahmen die Landesregierung ergriffen hat um die Qualifizierung des Personals, das mit Kindern und Jugendlichen an Schulen arbeitet, bezüglich einer Sensibilisierung zur Problematik sexueller Übergriffe und nicht-körperlicher sexualisierter Gewalt zu fördern.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt an Schulen

NACHLESE

FORUM BILDUNG „Politische Bildung stärken – aber wie?“

Am 29. August 2017 fand das 3. Forum Bildung der SPD-Fraktion zum Thema politische Bildung statt. Im Landtag diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von Schüler-, Eltern- und Lehrerverbänden sowie Gesamtschulen und Gymnasien über die Frage, wie man politische Bildung stärken könne mit Prof. Dr. Bernd Overwien, Leiter des Fachgebiets „Didaktik der Politischen Bildung“ an der Universität Kassel, der stellv. Vorsitzenden des GEW Landesverbands Hessen Maike Wiedwald und dem Landesschulsprecher Fabian Pflume.

Mit unserer Veranstaltung wollten wir der Frage nachgehen, wie die Politische Bildung in den Schulen gestärkt werden und der Politik-Unterricht nachhaltig wirken kann. Schule soll Schülerinnen und Schüler befähigen, Verantwortung für Freiheit, Menschenrechte, Frieden und Demokratie zu übernehmen, was in Zeiten von Fake-News, Bots und „alternativen Fakten“ besonders wichtig erscheint.

Kann Politische Bildung ein Instrument zur Bewältigung von aktuellen Krisen in Staat und Gesellschaft sein? Kann sie ein Instrument sein, um soziale, kulturelle, gesellschaftliche Fehlentwicklungen auszugleichen? Wie kann und muss „die Politik“ die Voraussetzungen für professionell unterrichtete Politische Bildung schaffen? Über all diese spannenden Fragen diskutierten wir.



Auf dem Bild v.l.n.r Prof. Bernd Overwien, C. Degen, Maike Wiedwald, Fabian Pflume

NACHGEFRAGT - MÜNDLICHE FRAGEN

IN DER REGELMÄßIG STATTFINDENDEN FRAGESTUNDE IM PLENUM KÖNNEN ABGEORDNETE KURZE MÜNDLICHE FRAGEN AN DIE LANDESREGIERUNG STELLEN. DIESE WERDEN SOFORT BEANTWORTET.

Frage des Abg. Degen:

„Herr Kultusminister, können Sie bestätigen, dass Gymnasien, die bisher Intensivklassen hatten und das auch gerne gemacht haben, gezwungen wurden oder gezwungen werden, solche Klassen aufzulösen und zu verlagern?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abgeordneter, das kann ich nicht bestätigen. Wie Sie aber sehen, haben wir 18 Standorte an Gymnasien. Es gibt auch keine Politik, Intensivklassen generell von Gymnasien fernzuhalten. Aber – das war Sinn meiner Vorbemerkung – wir sind natürlich generell zurückhaltend – das gilt aber nicht nur für Gymnasien, sondern auch für reine Realschulen und reine Hauptschulbildungsgänge –, Intensivklassen an Standorten einzurichten, wo nur ein Bildungsgang verfügbar ist, weil dadurch die Wahrscheinlichkeit eines Schulwechsels massiv erhöht wird.“

Frage des Abg. Degen:

„Wie viele Intensivklassen bestehen derzeit an welchen Standorten von Schulformen, auch wenn der Unterricht der Intensivklassen schulformübergreifend stattfindet?“

Antwort der Landesregierung

„(...)Um Ihre Frage aber auch zahlenmäßig zu beantworten: Per 1. September 2017 bestehen insgesamt 1.121 Intensivklassen an 544 Standorten. Diese 544 Standorte lassen sich wie folgt kategorisieren:
reine Grundschulen – 177 Standorte,
Grundschulen mit Förderstufe – 4 Standorte,
Grund- und Hauptschulen – 7 Standorte,
Grund-, Haupt- und Realschulen – 13 Standorte,
Grund-, Haupt- und Realschulen mit Förderstufe – 13 Standorte,
Gymnasien – 18 Standorte,
Hauptschulen – 4 Standorte,
Realschulen – 8 Standorte,
Haupt- und Realschulen – 26 Standorte,
Haupt- und Realschulen mit Förderstufe – 14 Standorte,
Integrierte Gesamtschulen – 77 Standorte,
Kooperative Gesamtschulen – 82 Standorte,
Förderschulen für Lernhilfe – 6 Standorte,
Mittelstufenschulen – 11 Standorte,
berufliche Schulen – 84 Standorte.“

Frage des Abg. Frankenberger:

„Wie viele der Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen des Programms InteA im Schuljahr 2016/2017 beschult wurden, haben zum Ende des Schuljahres die Nichtschülerprüfung für den Hauptschulabschluss erfolgreich bestanden?“

Antwort der Landesregierung

„(...)Im Sommersemester 2017, also zum Ende des vergangenen Schuljahres 2016/17 haben 422 Schülerinnen und Schüler aus Intensivklassen an beruflichen Schulen, also aus dem InteA-Programm, die Nichtschülerprüfung zum Erwerb des Hauptschulabschlusses bestanden.“

Frage des Abg. Yüksel:

„An wie vielen staatlichen hessischen Schulen gibt es eigene Gebets- und Andachtsräume zur Ausübung der Religion?“

Antwort der Landesregierung:

„ (...)es obliegt der jeweiligen Schule, selbstbestimmt und eigenverantwortlich beispielsweise einen Raum der Stille einzurichten, in dem dann auch die Ausübung der Religion möglich ist. Es gibt an vielen Schulen konzeptionell pädagogische Räume die für solche Zwecke genutzt werden. Aber eine statistische Erfassung solcher Räume an hessischen Schulen gibt es nicht.“

Frage des Abg. Yüksel:

„Wird das Förderprogramm InteA (Integration durch Anschluss und Abschluss) für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne Deutschkenntnisse in den nächsten beiden Schuljahren an allen Standorten fortgesetzt?“

Antwort der Landesregierung:

„(...)Insofern wird das Förderangebot auch in den kommenden beiden Schuljahren 2017/2018 und 2018/2019 kontinuierlich fortgesetzt. Dabei hält die Landesregierung weiterhin an der monatlichen bedarfsgerechten Zuweisung fest, die den Schulen Ressourcen und Planungssicherheit beitet und nach der sich sowohl die Anzahl als auch letztendlich die Anzahl der Standorte richtet(...)“

Frage des Abg. Degen:

„Stimmt die Anzahl der angehenden Lehrkräfte, die sich derzeit im Vorbereitungsdienst des Landes Hessen befinden mit den geplanten Werten überein?“

Antwort der Landesregierung

„(...)die geplanten bzw. erwünschten Werte stimmen (...) derzeit nicht mit der Bewerberlage überein. Sie wissen, dass wir im Bereich des Grundschullehramts, des Förderschullehramts und des Berufsschullehramts derzeit jeder Bewerberin und jedem Bewerber ein Einstellungsangebot unterbreiten. Ich sage ganz offen: davon hätten wir gerne noch mehr.(...) All diese Unwägbarkeiten sowie das Unterschreiten der erwünschten Bewerberzahlen im Grund-, Förder- und Berufsschullehramt führen dazu, dass wir derzeit 3.393 Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst haben, von denen sich 116 in Elternzeit befinden. Das ist der Stand vom 15. August 2017.“

DER AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND BILDUNG IN BRÜSSEL

Am 06. September 2017 reiste der Ausschuss für Kultur und Bildung nach Brüssel. Neben der Ausschusssitzung fanden in Brüssel auch Gespräche mit Petra Kammerevert, MdEP (Vorsitzende des Ausschuss für Bildung und Kultur), Mark Weinmeister (Hess. Staatssekretär für Europaangelegenheiten) und Martine Reichert statt.

Martine Reicherts Karriere in der Europäischen Kommission begann im Februar 1984 in der Generaldirektion Forschung und Innovation. Seit 2015 ist die gebürtige Luxemburgerin Generaldirektorin für Jugend, Sport, Bildung und Kultur der europäischen Kommission.

Im Gespräch tauschten sich die Hessischen Abgeordneten und die Vertreterinnen der EU-Institutionen aus. Christoph Degen merkte an, dass er viele Ziele der Kommission teile, stellte aber feste, dass neben der finanziellen Förderung keine Einflussmöglichkeiten auf die Mitgliedsstaaten bzw. Bundesländer bestünden.



Auf dem Foto: Christoph Degen und Martine Reichert

TERMINE

QUO VADIS, SCHULE? – Was sich in der Bildungspolitik ändern muss

Wo liegen die größten Probleme der aktuellen Bildungspolitik und wie können Schulen fit für die Zukunft gemacht werden?

Darüber diskutieren wir in Frankfurt am Main mit Fabian Pflume, Landesschülersprecher in Hessen, Prof. Dr. Wolfgang Böttcher, Westfälische Wilhelmsuniversität Münster und Christoph Degen, Mitglied des Hessischen Landtags.

**DATUM: MONTAG, 13. NOVEMBER 2017,
VON 18:00 BIS 20:30 UHR**

**ORT: EVANGELISCHE AKADEMIE FRANKFURT
RÖMERBERG 9
60311 FRANKFURT AM MAIN**

Eine weitere Diskussionsrunde wird in Kassel mit Prof. Dr. Wolfgang Böttcher, Westfälische Wilhelmsuniversität Münster, Gerhard Merz, Mitglied des Hessischen Landtages und Gerhard Vater, Leiter der Offenen Schule Waldau.

**DATUM: MITTWOCH, 15. NOVEMBER 2017,
VON 18:00 BIS 20:30 UHR**

**ORT: HAUS DER KIRCHE
WILHELMSHÖHER ALLEE 330
34131 KASSEL**

Weitere Informationen können Sie [hier](#) erhalten. Die Veranstaltungen sind öffentlich. Bei Interesse als Gast teilzunehmen, melden Sie sich bitte [hier](#).

SIE HABEN DIESEN NEWSLETTER NUR AUF UMWEGEN ERHALTEN UND MÖCHTEN IHN DIREKT BEZIEHEN? SCHICKEN SIE UNS EINFACH EINE KURZE [E-MAIL](#).

SPD-Landtagsfraktion
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Postfach 3240, 65022 Wiesbaden
Tel: +49 611 350-519
Fax: +49 611 350-511

Gert-Uwe Mende, V.i.S.d.P
Karina Sofie Glaum
Martina Häusl-David
Gerfried Zluga-Buck
Abgeordnetenportraits: © SPD-Fraktion
Fotos: S.5, S.8 : SPD-Landtagsfraktion